

Netzwerker

Tilo Berlin verstand es, seine Aufträge weitestgehend im Dunstkreis von Freunden und Vertrauten zu halten.

Rechtsanwalt **Malte Berlin** ist, gemessen an den Honoraren von Branchenkollegen, durchaus bescheiden: Für zwei juristische Beratungen stellte die Kanzlei von Tilo Berlins Bruder der Luxemburger Berlin & Co Capital Sarl gerade einmal 60.000 Euro in Rechnung.

Die Wiener Sozietät **Karasek Wiertzky** legte da schon Forderungen größeren Kalibers vor: Ein mit 8. Juni 2007 datierter Zahlungsbeleg weist die Summe von 205.126,99 Euro aus. Wofür? Die Kanzlei bittet um Verständnis: Verschwiegenheitspflicht gemäß Rechtsanwaltsordnung.

Eines lässt sich aus den Belegen von Berlin & Co herauslesen: Bei seinen Geschäften legte Tilo Berlin großen Wert auf Vertrautheit und Verbundenheit. Ein gutes Beispiel dafür ist **Johannes Edelsbacher**. Der Wirtschafts- und Steuerprü-

fer mit Sitz in Salzburg gehört dem Vorstand der **Mons Carantus Privatstiftung** an (vormals Berlin & Co Privatstiftung, Stifter: Malte, Tilo und Filippa Berlin); in der **Emea Privatstiftung** und der **Georg Staudacher Privatstiftung** teilt er sich das Management mit den Gebrüdern Berlin, Mit-Stiftungsgründer ist in beiden Fällen Malte Berlin. Konsequenterweise ließ sich die Berlin & Co Capital von Edelsbacher zweimal steuerrechtliche Tipps geben – zum Freundschaftspreis von insgesamt 29.680 Euro.

Ein Transfer über eine glatte Million Euro wurde am 2. Oktober 2009 erledigt. Laut Vermerk handelt es sich um ein „Darlehen“, das der **Superator Holding GmbH** zugewiesen wurde. Die Superator Holding sitzt

in Klagenfurt und logiert an derselben Adresse – Alter Platz 34 – wie die **K7 Invest GmbH**. Auch die Telefonnummern der Gesellschaften sind ident. Geschäftsführer der K7 Invest ist **Josef Kircher**, vormals Gesellschafter der Superator, vormals Vorstand der Hypo Alpe-Adria Bank International. Kircher ließ sich nach seinem Ausscheiden aus der Bank 2008 von Berlin einen deftigen Beratervertrag mitgeben, um den mittlerweile ein Rechtsstreit entbrannt ist. Um die Abgeltung einer Expertise dürfte es sich bei der Millionenüberweisung – laut Vermerk – nicht gehandelt haben.

Ein erheblicher Teil der Geldtransfers ging an den Berlin-Partner **Kingsbridge Capital**. Zur Erklärung: An der 2007 – wohl aus steuer-

rechtlichen Gründen – in Luxemburg aufgesetzten Berlin & Co Capital Sarl war zu 51 Prozent die Berlin & Co Privatstiftung beteiligt, zu 44 Prozent die Kingsbridge Capital Participation Limited und zu fünf Prozent die **Cheyne Special Situations Fund L.P.**, eine Tochter des britischen Hedgefonds Cheyne.

Zwischen März 2007 und Februar 2009 wurden Richtung Kingsbridge 129.443 britische Pfund (rund 173.800 Euro) sowie 8,06 Millionen Euro abgesetzt – unter anderem Managerprovisionen und Bearbeitungsgebühren für das „Projekt Knox“.

Millionensummen wurden innerhalb der Berlin-Gruppe bewegt. Zwischen Jänner 2007 und August 2008 gingen auf ein Grazer Konto

der Berlin Sarl in Summe 6,1 Millionen Euro ein, versehen mit Vermerken wie „Custody Fee“ oder „Internal Transfer“. 22.963.920 Euro überwies das Berlin-Büro am 14. Oktober 2008 auf ein Schweizer Konto der Berlin Sarl, abgedeckt wurde damit – laut Beleg – ein nicht näher definiertes „Cash Management“. 750.000 Euro wiederum erhielt die **Berlin & Co Holding GmbH** im April 2007 – Vermerk „Private placement“. Zu den Eigentümern der Berlin & Co Holding GmbH zählen Personen, die auch auf Berlins Investorenliste aufscheinen: **Hans Werner Aufrecht** (zu 25 Prozent an der Berlin Holding engagiert), **Ferdinand Piech**, **Christoph Schleswig-Holstein** oder **Oliver Schwarzkopf** (zu jeweils sieben Prozent).

Distanz zum Objekt der Berichterstattung gehört eher nicht zum Selbstverständnis eines Branchenblatts. Und so musste sich „Anwalt aktuell“ auch keinerlei Zurückhaltung bei dem Bericht über „Österreichs größte Anwaltskanzlei“ auferlegen, die im 50. Jahr ihres Bestehens „keinerlei Altersschwächen“ zeige. Eine der Fragen des Fachmagazins an die Vertreter der Wiener Sozietät lautete: „Wie schwer ist es, eine Kanzlei zu verkaufen, die von einer internationalen Auszeichnung zur nächsten eilt?“

Die Antwort lautete, wenig überraschend: „Nicht schwer!“

Die Rechtsanwälte von Wolf Theiss können sich über die Auftragslage tatsächlich nicht beschweren. Als das Interview geführt wurde – im Juli 2007 –, hatten sie bereits lukrative Kunden an der Hand. Sie berieten einerseits die Klagenfurter Hypo Alpe-Adria International Bank AG, in deren Vorstandsetage kurz zuvor Tilo Berlin neu eingezogen war, und werkten auf der anderen Seite für Berlin & Co Capital Sarl, das Luxemburger Investmentvehikel von Berlin.

Die Abwicklung seines Einstiegs in die Hypo Alpe-Adria kostete Tilo Berlin rund

wirkung von Tilo Berlin, der über sein Luxemburger Konstrukt im Frühjahr 2007 einige Monate im Besitz der Sperrminorität in der Hypo war, ehe er seine Anteile an die Bayern weiterreichte.

Und dabei einen Schnitt von 160 Millionen Euro machte.

Profitiert haben von dem Deal nicht nur jene Investoren, mit denen Berlin schrittweise Anteile an der Hypo übernahm; profitiert haben auch Unternehmen, die wechselweise Berlins Gesellschaft und die Bank berieten: Die Wiener Rechtsanwaltskanzlei Theiss etwa kassierte erst 1,23 Millionen Euro von Berlin – und später zwei Millionen von der Bank; das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG erstellte für Berlin Expertisen um fast 800.000 Euro – und stand der Bank später, als sie pleitezugehen drohte, bei der Notverstaatlichung zur Seite. Sorgen um eine schiefe Optik plagen niemanden. Und um nähere Erklärungen wird ebenfalls nicht gerungen.

Theiss-Leistungen für 1,23 Millionen. Beginnen wir mit Wolf Theiss. Die renommierte Kanzlei half Tilo Berlin bei seiner komplexen Genussscheinkonstruktion mit dem sinnigen Arbeitstitel „Projekt Knox“, mit der die Investorengruppe um die Jahreswende 2006/2007 zunächst 9,1 Prozent

Also: erst Berlin als Mandant, dann Berlin und die Bank als Mandanten und dann die Bank als Mandantin. Ein Fall von Befangenheit?

Hypo-Konzernsprecher Dominic Köfner verneint: „Wir prüfen in jedem Einzelfall, ob Ausschließungsgründe vorliegen. Ist das der Fall, beendet die HGAA die Geschäftsbeziehung. In Fällen, in denen ein Wechsel der Kanzlei einen unverhältnismäßig hohen Kostenaufwand bedeutet hätte, wurde das Geschäftsverhältnis – Unbefangenheit vorausgesetzt – fortgeführt.“

Die Kanzlei beruft sich gegenüber profil auf die „anwaltsliche Schweigepflicht“, hält aber fest: „Die Annahme von Mandaten erfolgt erst nach einer entsprechenden Prüfung, die sicherstellt, dass keine Unvereinbarkeit vorliegt.“

Theiss begleitet derzeit nur noch das in Brüssel laufende EU-Prüfungsverfahren zur Hypo-Notverstaatlichung. Diesen Auftrag erteilte der Vorgänger des heutigen Hypo-Chefs Gottwald Kranebitter. Kranebitter, heißt es, kenne Theiss persönlich nicht.

So ist es wohl eine reine Papierbeziehung, die Kranebitter mit Kanzleigesellschafter Andreas Theiss verbindet. Die beiden Herren sitzen im Vorstand der Orbil-Privatstiftung, die 2002 von Bank Austria, Raiffeisen Zentralbank und Erste Bank für die Sanierung des pleitegegangenen Libro-Konzerns aufgesetzt worden war.

Kranebitter wirkte damals noch beim Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG

– und dieses hat, wie aus den Unterlagen ersichtlich ist, weit mehr von der Berlin & Co Capital profitiert als bisher bekannt. Zwischen Februar 2008 und Jänner 2009 erhielt die KPMG Alpentreuhand GmbH 238.510 Euro für steuerliche Expertisen. Weitere 559.000 Euro bezahlte Berlin zwischen Juli und Dezember 2007 an die KPMG Financial Advisory Services GmbH. Die Gegenleistungen wurden nicht notiert. Macht in Summe 797.510 Euro an zwei KPMG-Gesellschaften, in denen Kranebitter zu nennlicher Zeit Co-Geschäftsführer war.

Kranebitter lässt auf profil-Anfrage berichten, er habe „keine Kenntnis“ darüber, was die KPMG für Berlin geleistet hat.

KPMG-Leistungen für fast 800.000. Die Wissenslücke lässt sich auffüllen: Am 7. Juli 2006 erteilte die damalige Hypo-Landesbank der KPMG den Auftrag, das Risikomanagement der Bank auf international übliche Standards zu bringen; Wochen später, im Herbst 2006, verdingte sich die KPMG als zentraler Berater auf Berlins Seite und arbeitete die Genussscheine für potenzielle Investoren aus; Anfang 2007 schließlich, also zu einem Zeitpunkt, als die Bayern bereits Interesse an der Hypo zeigten, leitete Kranebitter im Auftrag von Berlins Partner Kingsbridge eine Due-Diligence-Prüfung bei der Hypo, die zwar 450.000 Euro wert war, in der allerdings von den Risiken, die in der Bank schlummerten, keine Rede war. Kranebitter war es dann auch, der namens

der KPMG Advisory Ende 2009 in die Verstaatlichungsverhandlungen der Hypo einbezogen war – aufseite des Instituts. Heute leitet er die Bank.

Der KPMG-Experte – erst Berater für Berlin, dann Gutachter für die Bank und heute „Trümmerfrau“ der Hypo. Nun soll Kranebitter gegen jene vorgehen, von denen die KPMG früher prächtig gelebt hat? Die Bank verweist auf die zahlreichen Geschäftsführer der KPMG, Kranebitter sei bloß für den Bereich „Advisory“ zuständig gewesen. Also: kein Problem.

Bleibt Deloitte. Die Steuer- und Wirtschaftsprüfungskanzlei testierte regelmäßig die Jahresabschlüsse der Hypo Alpe-Adria, so auch in den entscheidenden Jahren 2007 und 2008, in denen in der Bank Milliarden versenkt wurden. Zwischen Juni und September 2007 beglich Berlin & Co Capital drei Rechnungen der Deloitte Auditor Treuhand GmbH in der Höhe von 207.650 Euro. Dem Vernehmen nach wurde damit der Aufwand für die Due-Diligence-Prüfung, die vor dem Einstieg der Bayern bei Deloitte in Auftrag gegeben worden war, beglichen. Auftraggeber für die Expertise war eigentlich die Hypo, die Kosten dafür gingen aber auf Berlins Konto.

Deloitte beruft sich auf die Verschwiegenheitspflicht.

Nun entfiel auf Theiss, KPMG und Deloitte – gemessen am Gesamtvolumen – freilich nur ein Bruchteil der von Berlin getätigten Ausgaben. Fasst man die Buchhaltung der

Berlin & Co Capital Sarl von 2007 und 2008 (einzelne Zahlungen liefen noch 2009) nach Gruppen zusammen, ergibt sich im Groben folgende Aufstellung: An Rechtsanwaltskosten waren rund 2,51 Millionen Euro angefallen, für Steuerberatung 1,329 Millionen Euro, Zahlungen an diverse Finanzpartner beliefen sich auf 12,2 Millionen Euro. Für Notare wurden magere 8798 Euro ausgegeben, für Administration 268.693 Euro. An Steuern wurden 537.285 Euro abgeführt, an Kammerbeiträgen („Chambre de commerce“) 210 Euro. Rechnungen in der Höhe von 5,1 Millionen Euro sind nicht zuzuordnen. 29,978 Millionen Euro wurden innerhalb der Berlin-Gruppe bewegt (siehe Kasten).

Nun zieht ein Deal dieser Größenordnung naturgemäß einen Rattenschwanz an Ausgaben nach sich. Doch dass die Akteure nicht einmal beeindruckend hohe Honorare erläutern wollen, verwundert doch etwas. Tilo Berlin bittet ebenfalls um Verständnis: Aufgrund „bestehender Vertraulichkeitsverpflichtungen“ könne er keinerlei Auskünfte erteilen. Nur so viel: Die Abwicklungskosten wurden an jene weitergereicht, „die das unternehmerische Risiko trugen: die Investoren“.

Kaum ins Gewicht gefallen sind jene zwei Überweisungen, die Ende 2008 flossen: 19,10 Euro für Kontoführungsgebühren und wenig später 29,70 Euro – für Kontoschlussgebühren.

Empfängerbank war die Hypo Alpe-Adria in Klagenfurt. ■

„Wir prüfen in jedem Fall, ob Ausschließungsgründe vorliegen. Ist dies der Fall, beenden wir die Geschäftsbeziehung“ Hypo-Sprecher Köfner

52 Millionen Euro; Geld, das großteils in Beratung, Managementleistungen und Administration floss. Das geht aus Zahlungsbelegen der Berlin & Co Capital Sarl der Jahre 2007 und 2008 hervor. Die Unterlagen sind im Zuge von Hausdurchsuchungen sichergestellt worden, sie liegen profil vor.

2007 und 2008: In diese Jahre fällt der Einstieg der Investorengruppe Berlin in die Kärntner Landesbank, deren Verkauf an die Bayerische Landesbank und Berlins Wirken als Bankvorstand. Die damaligen Vorgänge rund um die mittlerweile notverstaatlichte Hypo sind Gegenstand von Ermittlungen in Österreich und Bayern. Der frühere BayernLB-Chef Werner Schmidt steht im Verdacht, die Klagenfurter Regionalbank zu einem weit überhöhten Preis erworben und damit den Freistaat Bayern geschädigt zu haben – und das möglicherweise unter Mit-

an der Hypo übernahm; dann leistete sie Berlin im Frühjahr 2007 bei den Verkaufsgesprächen zwischen Bayerischer Landesbank und Land Kärnten Rechtsbeistand; nachdem Berlin in die Vorstandsetage der Hypo nominiert worden war, sicherte sich Theiss Aufträge bei Auslandstöchtern der Hypo; als die Bank 2009 notverstaatlicht wurde, stand sie der Hypo mit rechtlchem Rat zur Seite.

Ausgezahlt hat sich das Hütchenwechseln allemal. Von Berlin & Co Capital flossen zwischen Juni 2007 und Jänner 2009 in Summe 1.233.088,27 Euro an Theiss. Die noch unter Vorstand Berlin ausverhandelten Beratungsverträge für Hypo-Töchter spülten, wie profil aus informierten Kreisen bestätigt wird, in den vergangenen zwei Jahren weitere zwei Millionen Euro in die Kassa – diesmal Geld der Bank.